



Liebe Freundinnen und Freunde,

ich möchte Euch heute wieder von der letzten Landtagssitzung und von meiner Ausschussarbeit berichten.

37., 38. und 39. Landtagssitzung

Aktuelle Stunde

Anlässlich der Debatte während der aktuellen Stunde auf Antrag der AfD zum Thema „Macrons und Merkels EU ist nicht unser Europa“ gab es einen heftigen Schlagabtausch. Die AfD forderte die strikte Einhaltung von Gesetzen sowie Reformen zur EU. Europa sei in der Krise, so formulierte es der Abgeordnete Grimm.

Unser europapolitischer Sprecher Dirk Friedriszik betonte dagegen, dass Millionen von Bürgern in Deutschland und Europa von der Europäischen Union profitieren, weil sie seit Jahrzehnten den innereuropäischen Frieden sichern und offene Grenzen für Studium, Arbeit und Reisen gewährleisten.

Die AfD reagiert auf Herausforderungen in Europa rückwärtsgewandt, mit Abkapselung und Abschottung.

Anträge und Aussprachen

Lehrerberuf auf dem Lande muss attraktiver werden

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert ein Modellprojekt einzurichten, um die Rahmenbedingungen für Lehrkräfte im ländlichen Raum zu verbessern. Dem Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Im Land wurde bereits viel für die Attraktivität des Lehrerberufs getan: Verbeamtung bis zum 40. Lebensjahr, Eingruppierung der Regionalschullehrer in E13, Altersanrechnungsstunden oder ein Vertretungslehrerprogramm. Aber inzwischen reagieren andere Bundesländer, und es gibt einen immer stärkeren Konkurrenzkampf um die Lehrer. Es ist wichtig, auch die kleinen Schulstandorte für die Lehrkräfte attraktiv zu machen z.B. durch Zuschüsse für Fahrtkosten für Studierende und Referendare, kostengünstige Übernachtungsmöglichkeiten, besondere Arbeitsbedingungen, Zulagen als Anreiz und attraktive Wohnbedingungen. Dazu brauchen wir auch unbedingt die Unterstützung der Kommunen vor Ort. Um diese Zusammenarbeit zu entwickeln, soll dieses Modellprojekt greifen.

Flächendeckende Gesundheitsversorgung braucht innovative Lösungen

Zur Aussprache über die Situation am Krankenhaus Wolgast erklärt der Staatssekretär für Vorpommern Patrick Dahlemann, dass die 2015 beschlossenen Strukturänderungen am Krankenhaus Wolgast von vielen Menschen vor Ort kritisiert wurden. Deshalb hat das Land nach Lösungen gesucht und gemeinsam mit den Planungsbeteiligten das Modellprojekt „Portalpraxisambulanz“ für Kinder und Jugendliche eingeführt. Das Projekt läuft – mit der Möglichkeit auf Verlängerung – für drei Jahre. In den nächsten Jahren wird sich zeigen, ob es erfolgreich ist und entscheidend zur Gesundheitsversorgung der Menschen beiträgt.

Land muss Zugang zu Fahrtkostenzuschüssen für Azubis erleichtern

Im Rahmen der Debatte über die Höhe der Fahrtkostenzuschüsse für Auszubildende wurde deutlich, dass große Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Berufsausbildung bei immer weniger Azubis sicherzustellen. Dabei tragen auch die Ausbildungsbetriebe eine große Verantwortung. Das Lehrgeld muss ausreichen, damit Fahrtkosten und Unterbringungskosten gestemmt werden können. Die Ausbildungsvergütungen Ost-West müssen endlich angeglichen werden. Auch das Land ist gefordert, den jungen Leuten leistungsstarke berufliche Schulen vorzuhalten, Landesfachklassen gleichmäßig im Land zu verteilen und die Azubis aufgrund ihrer langen Anfahrtswege zu unterstützen. Damit mehr vom

Geld profitieren, das das Land zur Verfügung stellt, muss die Förderpraxis vereinfacht und die Bemessungsgrenzen erhöht werden. Der Antrag wurde beschlossen.

Ehrenamt braucht Unterstützung bei Umsetzung der Datenschutzregeln

Der Landtag hat den Datenschutzbeauftragten des Landes um Unterstützung bei der Formulierung einer Handreichung für Vereine gebeten. Ziel ist es, das Ehrenamt bei der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung zu unterstützen. Der Antrag wurde ebenfalls angenommen.

Vereine verarbeiten zur Betreuung der Mitglieder personenbezogene Daten. Für die Verwaltung der Mitgliederdaten muss es aber auch eine Datenlösch-Konzeption geben, die festlegt, wann welche Daten der Mitglieder zu löschen sind. Zur Unterstützung der Vereine sollte es daher eine praktikable Handreichung mit Formulierungsvorschlägen und Hinweisen auf die Anforderungen geben, um die Arbeit zu erleichtern. Eine entsprechend einfache und handhabbare Aufbereitung der Datenschutzgrundverordnung würde auch bei zukünftigen Vereinsgründungen praktisch Hilfestellung bieten.

Journalisten brauchen faire Arbeitsbedingungen und gute Löhne

Der Landtag hat sich mit der aktuellen Situation der Mitarbeiter der Ostsee Zeitung beschäftigt.

Die SPD-Landtagsfraktion sieht einige Vorgänge und Regelungen in den Verlagen der Tageszeitungen im Land kritisch, auch in den Verlagen, an denen die SPD-Bundespartei über ihre Medienholding beteiligt ist. Dazu erklärte unser Fraktionsvorsitzender Thomas Krüger, dass sich die SPD für gute Löhne und für gute Arbeitsbedingungen einsetzt. Wir wollen eine hohe Tarifbindung und gute Tariflöhne und starke Betriebsräte. Genau das hat Thomas Krüger auch in einem Gespräch mit dem Betriebsrat der Ostsee-Zeitung in der vergangenen Woche deutlich gemacht.

Die SPD kritisiert jedes wirtschaftliche Gebaren, wenn es zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht. Damit Journalisten eine gute Arbeit leisten können, müssen sie frei von ökonomischer Angst und frei vom Druck ihres Arbeitgebers sein.

Verfahren zum Strategiefonds ist transparent und rechtskonform

Über einen Teil des Strategiefonds des Landes können Projekte gefördert werden, die landesweite Bedeutung oder Leuchtturmcharakter haben.

Dieser Teil war Gegenstand einer ausführlichen Debatte des Landtages. Während dieser Debatte habe ich erklärt, dass die großen Projekte mit Richtlinien unterlegt, beziehungsweise in bestehende Richtlinien eingeordnet werden. Ein rechtssicheres Verwaltungsverfahren nach Landeshaushaltsrecht wird in jedem Fall eingehalten. So wie bei allen anderen Förderprogrammen, die in den Haushalten des Landes in den einzelnen Titeln veranschlagt sind.

Für Einzelprojekte sind keine Richtlinien notwendig, weil es zu jedem Projekt eine Projektbeschreibung gibt, die den genauen Förderzweck bestimmt. Selbstverständlich müssen auch bei diesen Projekten alle Verfahrensschritte nach Landeshaushaltsordnung eingehalten werden. Antragsverfahren mit der Projektbeschreibung, Kostenermittlung, Einholen von Angeboten, Fassen von Gremienbeschlüssen zur Auftragsvergabe bis hin zur Erstellung der Verwendungsnachweise, die auch von den Prüfungsbehörden geprüft werden.

An diesem Verfahren ist nichts intransparent, wie es die LINKEN kritisieren. Und der Strategiefonds ist auch kein „Wahlkreis-Beglückungsfonds“, wie es die Opposition sagt, denn es ist die ureigene Aufgabe von Landtagsabgeordneten, sich um die Probleme vor Ort zu kümmern, zum Beispiel durch die Förderung von Projekten.

Die Fraktion DIE LINKE hält das Vorgehen für verfassungswidrig und will dagegen klagen.

Meine Ausschussarbeit

Bildungsausschuss

Der Bildungsausschuss besuchte das Landesförderzentrum Hören in Güstrow.

Die Ausschussmitglieder konnten in insgesamt 10 Klassen hospitieren, um sich selbst einen Eindruck von der Situation am Förderzentrum zu verschaffen. In M-V werden ca. 560 Schülerinnen und Schüler in den Klassenstufen 1 bis 13 an 240 Schulen wegen Hörschädigungen gefördert.

Im Anschluss an die Hospitation gab es eine Gesprächsrunde aus Abgeordneten, der Schulleitung sowie der Schulrätin des Landkreises Rostock.

Der Bildungsausschuss hat weiter eine Öffentliche Anhörung zu den „Verpflichtenden Erste-Hilfe-Kursen an Schulen“ mit verschiedenen Sachverständigen zu einem entsprechenden Antrag der BMV-Fraktion durchgeführt.

Die Mehrzahl der Sachverständigen äußerte übereinstimmend, dass die Durchführung von Erste-Hilfe-Kursen sinnvoll sei. Der Direktor der Unfallkasse M-V erklärte, aus Sicht der Unfallkasse sei die Ersthelferausbildung für Lehrkräfte wichtig. M-V verfügt über einen hohen Anteil an ausgebildeten Ersthelfern. Etwa 50 Prozent der Lehrkräfte sind entsprechend ausgebildet.

Der DRK Landesverband führte aus, dass es neben der Vermittlung von Kenntnissen in erster Hilfe überaus wichtig sei, die bestehenden Hemmschwellen abzubauen, diese Kenntnisse auch im Ernstfall anzuwenden. Insbesondere da Personen, die erste Hilfe leisten, ein wichtiges Glied in der Rettungskette seien. Die Vereinigung der Schulleiter der Gymnasien erklärte ebenfalls, die Durchführung entsprechender Kurse sei notwendig und sinnvoll, aber im Rahmen des normalen Schulunterrichts kaum durchführbar, da die Rahmenpläne der einzelnen Unterrichtsfächer ausgelastet seien. Denkbar sei die Einbindung solcher Kurse in den Schulunterricht im Rahmen von Projekttagen.

Finanzausschuss

Gesetzentwürfe zur Änderung des Vergaberechts

Der Finanzausschuss hat zwei mitberatende Stellungnahmen für den Wirtschaftsausschuss erarbeitet. Zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung vergaberechtlicher Vorschriften“ empfiehlt der Finanzausschuss dem federführend zuständigen Wirtschaftsausschuss aus finanzpolitischer Sicht mehrheitlich, einige Änderungen am Artikel 2 vorzunehmen und den Gesetzentwurf darüber hinaus unverändert anzunehmen.

Zum Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE „Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung von Tarifreue und Mindestarbeitsbedingungen sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge“ empfiehlt der Finanzausschuss dem federführenden Wirtschaftsausschuss mehrheitlich, diesen Gesetzentwurf abzulehnen.

Ausschuss der Regionen

Weniger Geld für M-V? - Auswirkungen der Neuverhandlung des Finanzrahmens der EU und des Brexits auf die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften:

Vom 15.-17. Mai 2018 nahm ich an der 129. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel teil.

Die AdR-Mitglieder äußerten gegenüber dem für Haushalt und Personal zuständigen Mitglied der Europäischen Kommission, Günter Oettinger, unter anderem im Hinblick auf Wachstumschancen und Entvölkerung im ländlichen Raum ihre Bedenken zu den weitreichenden Vorschlägen der Europäischen Kommission, nach 2020 weniger EU-Mittel für die regionale Entwicklung bereitzustellen. So sieht der neue Plan für die EU-27 eine deutliche Kürzung im Bereich der Kohäsion (um 11%) und im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik (um 18%) gegenüber dem noch für die EU angesetzten Mitteln für 2014-2020 vor, während die Programme COSME, Galileo und die Connecting Europe Facility stabil bleiben sollen. Die AdR-Mitglieder befürworteten hingegen die Erhöhung der Mittel in anderen Bereichen. So werden beispielsweise die Gelder für Erasmus+ verdoppelt und mehr Mittel für Migration, Verteidigung, Forschung, Innovation und Digitales bereitgestellt.

Für Jugendliche aus M-V, die in diesem Jahr 18 Jahre alt geworden sind oder dies noch werden, bietet sich zudem die Gelegenheit, sich für Reisen durch das EU-Gebiet um eines der 15.000 Tickets im Rahmen des Discover-Europe Programms (vormals Interrail) zu bewerben, das Ende Mai ausgeschrieben wird.

Forst- und Fischereipolitik, sauberes Trinkwasser, Katastrophenschutz und regionale Innovationspolitik

Abstimmungen über Stellungnahme-Entwürfe zur Halbzeitüberprüfung der EU-Forststrategie und zum Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) nach 2020 standen weiter auf der Tagesordnung. Die AdR-Mitglieder setzten sich dafür ein, die Mittel für die Meeres- und die Fischereipolitik im Rahmen des EU-Haushalts nach 2020 von 0.6 auf 1% des Gesamthaushalts zu erhöhen und ein neues Finanzinstrument zu schaffen, mit dem die kleinen Küstengemeinden durch die Bereitstellung von Risikokapital und Bankbürgschaften für Darlehen unterstützt werden sollen. Der EMFF ist das wichtigste Finanzinstrument der gemeinsamen Fischereipolitik der EU und macht mit rund 6,4 Mrd. EUR etwa 0,58 % der Haushaltsmittel aus.

Die AdR-Mitglieder sprachen sich in einer weiteren Stellungnahme zur Trinkwasserrichtlinie, die nach 20 Jahren auf dem Prüfstand steht, für die Berücksichtigung der WHO-Vorschläge u.a. betreffend endokriner Stoffe, einen risikobasierten Ansatz (z.B. in Bezug auf Mikroplastik), einheitliche Messmethoden und Standards bezüglich der Wasserqualität und gegen eine Liberalisierung und Wettbewerb um das Wassernetz aus.

Auswirkungen des Brexits

Von den AdR-Mitgliedern wurde eine EntschlieÙung zu den Folgen des Austritts Großbritanniens, der zweitgrößten Volkswirtschaft der EU, für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, angenommen. Die AdR-Mitglieder lehnen eine harte Grenze auf der irischen Insel ab und fordern die EU zur Unterstützung der vom Austritt des Vereinigten Königreichs betroffenen Regionen auf.

Gegenwind für Nord Stream 2

Am zweiten Sitzungstag wirkte ich zudem an einem Treffen der Interregionalen Gruppe Nord Stream 2, bestehend aus deutschen und polnischen Vertretern mit, die sich im Zusammenhang mit dem Pipelinebau mit den Umweltauswirkungen auf dem Meeresgrund befindlicher Munition auseinandersetzte. Die polnische Arbeitsgruppe verfolgt einen sehr kritischen Ansatz gegenüber dem Pipeline-Bau.

Die AdR-Mitglieder stimmten anschließend dem Stellungnahme-Entwurf zu Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt zu, der ebenfalls den Bau von Nord Stream 2 betrifft. Ziel des Vorschlags der Europäischen Kommission zur Ausweitung der gemeinsamen EU-Regeln auf eintretende Gasfernleitungen ist es, dass alle aus Drittländern in die EU eintretenden Gasfernleitungen in vollem Umfang mit den geltenden Vorschriften der EU übereinstimmen, auch hinsichtlich der Anforderungen an die Transparenz, faire Abgaben und eine ordnungsgemäÙe Trennung der Versorgungskette von der Erzeugung bis zum Vertrieb.

Soweit das Neueste von mir aus dem Landtag.

Herzliche GrüÙe



Tilo Gundlack